

## Zürich

# Jetzt wäscht die Stadt die schmutzige Wäsche

Der Kanton verkauft für 8,5 Millionen Franken seine Zentralwäscherei.

Die SVP wehrte sich gestern zusammen mit den Grünen vergeblich gegen diese «Schenkung».

Von Daniel Schneebeli

Zürich - Unter der Hardbrücke in Zürich werden jeden Tag 34 Tonnen Wäsche gewaschen: Leintücher, Operationskleider, Hosen und andere Arbeitskleider. Ohne die keimfreie Ware aus der Zentralwäscherei Zürich (ZWZ) würde der Betrieb in den Spitälern zusammenbrechen. Denn für sie gilt bis heute «Wäschewang», das heisst, sie müssen ihre Wäsche aus der ZWZ beziehen. Damit ist bald Schluss, denn der Kantonsrat hat gestern dem Verkauf der Zentralwäscherei mit 101:64 Stimmen zugestimmt und damit dem Ende des Wäscherei-Monopols.

Im Auftrag des Parlaments hatte die Gesundheitsdirektion den Verkauf eingefädelt und ist zu folgender Lösung gelangt: Die ZWZ wird eine Aktiengesellschaft und von den drei Hauptkunden übernommen. Das sind die Stadt Zürich (40 Prozent der Aktien), das Universitätsspital (40 Prozent) und das Kantonsspital Winterthur (20 Prozent).

Gesundheitsdirektor Thomas Heiniger (FDP) konnte gestern nicht viel Lob für diesen Deal einstreichen. Die SVP, die Grünen und die Alternativen versuchten in einer unheiligen Allianz den Vertrag zurückzuweisen. Gemeinsam kritisierten sie vor allem den Preis. SVP-Sprecher Willy Haderer (Unterengstringen) sprach von «einer Schenkung» und die Grüne Heidi Bucher (Zürich) vom «Verscherbeln des Familiensilbers». Der Schätzwert der ZWZ liegt bei 11 Millionen, doch der Kanton gewährt den neuen Eignern einen 2,5-Millionen-Franken-Preisnachlass, weil diese den Angestellten für fünf Jahre den Besitzstand wahren müssen.

## Echte Privatisierung gefordert

Die Zukunftsvision für die ZWZ sieht bei den Gegnern des Vertrags ganz anders aus. Die SVP wünscht eine «echte Privatisierung» und nicht nur eine Verschiebung von der einen öffentlichen Hand in die andere. Haderer befürchtete auch

einen Machtzuwachs für die Stadt Zürich. Gewerkschaftssekretär Kaspar Bütikofer (AL, Zürich) machte sich vor allem Sorgen um die Arbeitsbedingungen des Personals: «Sie werden mittelfristig schlechter.» Es bestehe die Gefahr, dass die Wäscherei am Ende nach Deutschland verkauft werde. Bütikofer forderte Heiniger auf, mit dem Verkauf bis 2012 zuzuwarten. Dann wird die Spitalfinanzierung im Kanton Zürich neu geregelt.

Die anderen Parteien stimmten für den Vertrag. Silvia Seiz-Gut (SP, Zürich) tat das «ohne Euphorie». Die Lösung sei aber pragmatisch und sichere die Zukunft der ZWZ langfristig. Es sei ökologisch sinnvoll, wenn die Wäsche nicht zwischen den Zürcher Spitälern und Deutschland hin und her gekarrt werden müsse und wenn die ZWZ die Abwärmeenergie aus der benachbarten Kehrlichtverbrennungsanlage Josefstrasse nutzen könne. Sie sprach auch von einem fairen Preis. Regine Sauter (FDP, Zürich) begrüßte vor allem die

Abschaffung des Wäschemonopols der ZWZ. Wie die EVP und die CVP begrüßte sie auch, dass die knapp 200 Arbeitsplätze für weniger gut Qualifizierte in Zürich erhalten bleiben. Die Grünliberale Eva Gutmann warf den Gegnern vor, keine Alternativen vorzuschlagen.

Ungewöhnlich deutlich kritisierten die Sozialdemokraten die Grünen und die Gewerkschaften. Diese seien Steigbügelhalter für die SVP und die Totalprivatisierung der ZWZ. «Das ist ein Spiel mit dem Feuer», sagte Raphael Golta (Zürich).

## Der Ball liegt bei der Stadt

Heiniger warf SVP und Grünen vor, sie würden sich vor der Verantwortung drücken. Die ZWZ sei das Rückgrat für saubere Spitalwäsche. Mit dem Verkauf erhalte die ZWZ unternehmerische Freiheit, um im Wäschemarkt mitzuhalten. Damit der Handel besiegelt wird, braucht es am 3. März noch die Zustimmung des Zürcher Gemeinderates.

Kommentar Daniel Schneebeli

## Der Preis ist zweitrangig

Die Zentralwäscherei ist kein Betrieb des freien Marktes. Jahrzehntlang hat sie davon profitiert, dass die Zürcher Spitäler ihre Wäsche bei ihr waschen lassen mussten. Sie verrichtete ihre Arbeit zur Zufriedenheit ihrer Kunden, bis das Spital Limmattal vor ein paar Jahren merkte, dass eine Wäscherei in Süddeutschland ebenso sauber wusch, aber nur halb so viel dafür verlangte. Das Spital konnte der Versuchung nicht widerstehen: Es brach das Monopol der Zentralwäscherei Zürich und begann eine verbotene Geschäftsbeziehung mit den Süddeutschen. Eigentlich hätte der Kanton die Limmattaler büßen müssen, doch er tat es nicht und beschloss, stattdessen das Wäschemonopol aufzuheben und die Zentralwäscherei zu privatisieren.

Jetzt ist dieser Deal vollzogen, der Kanton hat seinen Monopolbetrieb verkauft und privatisiert. Privatisiert? Die «wahren» Privatisierer können darüber nur lachen. Ein Verkauf an die Stadt Zürich und an die beiden grössten Zürcher Spitäler ist für sie eine Scheinprivatisierung. Ihre Vorwürfe an den freisinnigen Gesundheitsdirektoren Thomas Heiniger sind verständlich. Er hat nicht wirklich nach einem privaten Käufer gesucht, sondern die erstbesten Interessenten berücksichtigt. Das ist Verhandlungspolitik des geringsten Widerstandes. Mit einer echten Suche hätte Heiniger einen besseren Preis erzielt. In diesem Fall ist der Preis aber zweitrangig und der jetzige Vertrag die beste Lösung: Sie garantiert einen Wäschereibetrieb in der Spitalregion Zürich. Sie bietet 200 rare Arbeitsplätze für schlecht Qualifizierte. Sie wäscht in kürzester Distanz zu den vielen Spitälern. Sie nutzt die Abwärme aus der Kehrlichtverbrennungsanlage Josefstrasse. Aber sie muss ihre Preispolitik überdenken. Denn die Konkurrenz aus Deutschland wird künftig im Kanton Zürich mitbieten.



Keimfreie Tücher aus der Zentralwäscherei: Künftig werden hier Stadt Zürich, Universitätsspital und das Kantonsspital Winterthur das Sagen haben. Foto: Doris Fanconi

## Gestern im Kantonsrat

**Rücktritte aus dem ZKB-Präsidium.** Gestern haben die drei Mitglieder des ZKB-Präsidiums Martin Zollinger (FDP), Liselotte Illi (SP) und Urs Oberholzer (SVP) im Kantonsrat ihre Rücktrittschreiben verlesen lassen. Zollinger wird vorzeitig auf Ende September 2010 aus dem Präsidium der Kantonalbank zurücktreten, die beiden anderen auf Ende Amtszeit 2011. Die FDP hat mit Jörg Müller-Ganz aus Bülach bereits einen Nachfolger für Zollinger nominiert. Er ist Mitglied im ZKB-Bankrat.

## Rücktritt aus dem Kantonsrat.

Der 69-jährige EVP-Kantonsrat Thomas Ziegler (Elgg) hat seinen vorzeitigen Rücktritt aus dem Parlament erklärt. Ziegler ist seit sechs Jahren Mitglied des Kantonsrats und war zuvor auch Mitglied des Verfassungsrats. Sein Nachfolger wird Markus Schaaf (Zell).

## Gegen das Sparen beim ZVV.

Marcel Burret (SP, Regensdorf) protestierte in einer Fraktionserklärung gegen den Beschluss des Zürcher Verkehrsverbands (ZVV), aus finanziellen Gründen auf den Ausbau des Angebots zu verzichten. Diese Massnahme sei von der Regierung nicht gefordert. Burret sprach von «voraussetzendem Gehorsam».

## Boni bei der ZKB.

Der Kantonsrat will keine neue Entschädigungspolitik in der Zürcher Kantonalbank (ZKB). Eine Parlamentarische Initiative von Julia Gerber Rüegg (SP) erhielt nur 49 Stimmen. Für die vorläufige

Unterstützung wären 60 Stimmen nötig gewesen. Gerber Rüegg wollte eine Regelung, welche exorbitante Lohnzahlungen in der ZKB ausschliesst. Für sie dürfte der höchste Lohn nicht mehr als 20-mal grösser sein als der kleinste. Heute liegt diese Spanne laut Gerber Rüegg bei 1:143. Unterstützung gab es nur von der SP und den Grünliberalen.

## Gleicher Rechtsweg für alle.

In Zukunft wird der Weg durch die gerichtlichen Instanzen im Kanton Zürich in allen Fällen gleich sein: Bevor ein Kläger oder Einsprecher an ein eidgenössisches Gericht gelangen kann, muss er eine kantonale Rekursinstanz anrufen. Heute können die Entscheide mancher Gerichte, zum Beispiel des Landwirtschaftsgerichts, direkt ans Bundesgericht weitergezogen werden. Der Kantonsrat hat ein rund 50-seitiges Gesetz, das all die nötigen Änderungen regelt, gestern durchberaten und wird es an einer der nächsten Sitzungen wohl ohne Gegenstimmen genehmigen.

## Keine Pflicht-Erziehungskurse.

Die CVP wollte alle Ausländer mit Kindern vor der Erteilung der Aufenthaltsbewilligung obligatorisch in einen Erziehungskurs schicken. Dem erteilte der Kantonsrat mit 119 gegen 19 Stimmen eine klare Absage. Selbst die SVP war der Auffassung, dass ein solches Obligatorium unnötig sei. Man könne den Ausländern nicht generell vorwerfen, sie seien nicht in der Lage, ihre Kinder zu erziehen. (sch/leu)

## Gesehen & Gehört

# SP-Frau schwänzte am meisten

Mit harter Hand griff der Kantonsrat gegen Schulschwänzer durch. Eine klare Mehrheit sorgte dafür, dass die Absenzen wieder im Zeugnis landen. Ein Geheimnis machte der Rat dagegen bislang aus seiner eigenen Präsenzliste. Noch nie drang an die Öffentlichkeit, wie es genau um die Sitzungsdisziplin der 180 Ratsmitglieder steht.

Doch damit ist jetzt Schluss. Fürs Jahr 2008 haben die Parlamentsdienste erstmals ausgewertet, wer wie oft gefehlt hat. Die Liste bestellt (und auch bezahlt) hat ein privater Zaungast des Ratsbetriebs, der sich dabei auf das Öffentlichkeitsprinzip berief. Das Parlament erfüllte ihm den Wunsch. Es kostete die Stabsleute allerdings 20 Stunden, die Daten aufzubereiten.

✱

Um es vorwegzunehmen: Wenn es um die Präsenz im Rathaus geht, macht das Parlament mehrheitlich eine gute Falle. Insgesamt 55 Sitzungen fanden im Jahr 2008 statt. 37 Ratsmitglieder fehlten gar nie, 41 nur einmal und 26 waren zweimal nicht da. Den 104 Musterschülern stehen 76 Ratsmitglieder gegenüber, die es auf drei und mehr Absenzen brachten.

Von den Parteien brachte es die EDU 2008 auf die höchste Präsenz im

Rat - während bei der SVP unter dem Strich 8,1 Prozent der Stühle leer blieben (siehe Grafik). Lässt man die Ein- und Austritte beiseite, führt eine SP-Frau aus Zürich die Schwänzerangliste an: **Katrin Jaggi** war nur an



Katrin Jaggi.

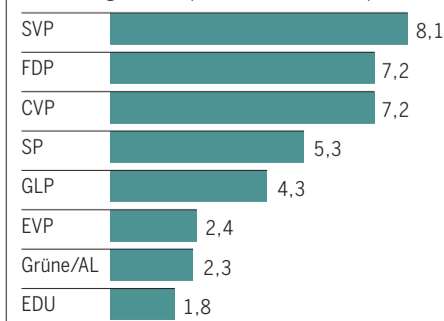
44 von 55 Sitzungen anwesend. Jede fünfte Debatte fand ohne sie statt. Ihr Beruf sei schuld daran, sagt die Architektin: «Es ist für mich ein grosser Spagat zwischen Job und Politik.» Die 42-Jährige sitzt in der Geschäftsleitung des Zürcher Amtes für Städtebau. «Dort bin ich für das Kongresszentrum und das neue Stadion zuständig. Meine Agenda ist gerammelt voll.» So liess sie auch gestern die Nachmittagssitzung im Rat sausen, weil sie an einer wichtigen Sitzung den Amtsdirektor vertreten musste. Jaggi weiss aber auch, dass das so nicht weitergehen kann: «Ich muss mich zwischen Beruf und Kantonsrat entscheiden. Fragt sich nur wann.»

Die Silbermedaille unter den Schwänzern teilt sich ein bürgerliches Sextett. Und fast alle haben gute

Ausreden für ihre Absenzen: **Gaston Guex** (FDP) musste wegen Gemeinderatssitzungen in Zumikon früher weg, Berufsoffizier **Rolf-André Siegenthaler** (SVP) war oft im Dienst, und **Hanspeter Haug** (SVP) lag wochenlang im Spital. **Martin Mosdorf** und **Max Clerici** (beide FDP) wiederum können sich überhaupt nicht erklären, wieso sie überhaupt auf der Liste gelandet sind. Offen bleibt auch, was **Cornelia Schaub** (SVP) zu ihren vielen Absenzen sagt. Sie trat inzwischen zurück. Patrick Kühnis

## Kantonsrat: Am meisten leere Sitze bei der SVP

So hoch war die Abwesenheitsquote an den Ratssitzungen 2008 (nach Fraktionen, in %)



TA - Grafik mt / Quelle: Parlamentsdienst